

16.11.2006

Landtag von Niederösterreich
Landtagsdirektion
Eing.: 16.11.2006
zu Ltg.-**730/B-42/3-2006**
~~Ausschuss~~

Resolutionsantrag

der Abgeordneten Dr. Prober, Mag.Motz, Waldhäusl und Mag.Ram

zum Bericht der Landesregierung betreffend NÖ Energiebericht 2005 – Bericht über die Lage der Energieversorgung in Niederösterreich, LT-730/B-42/3

betreffend Energiepolitik: Gegen Atomkraft und für den Einsatz von erneuerbaren Energieträgern

Niederösterreich hat sich in den letzten Jahren immer wieder sehr klar gegen die Nutzung von Atomkraft ausgesprochen. Dieser Standpunkt hat auch weiterhin seine Gültigkeit. Parallel dazu hat sich das Land Niederösterreich sehr deutlich für die Nutzung von erneuerbaren Energieträgern ausgesprochen. Für diese energiepolitische Linie ist auch eine Unterstützung durch die Bundesregierung erforderlich.

Das Land Niederösterreich hat der Entwicklung um das tschechische Atomkraftwerk Temelín bisher großes Augenmerk gewidmet und wird dies auch in Zukunft tun. In den bisherigen Verhandlungen zwischen Österreich und Tschechien wurde erreicht, dass sich sowohl die tschechische Atombehörde als auch die Betreiber wesentlich eingehender als vorgesehen mit Sicherheitsfragen auseinandergesetzt haben und auch deutliche Verbesserungen bei den Sicherheitsstandards erreicht wurden. Gerade dieser Dialog über noch zu klärende Fragen soll weiter geführt werden. Die derzeitige Situation lässt allerdings gerade im Hinblick auf die Erfüllung der umfangreichen Sicherheitsauflagen noch Fragen offen. Und dies umso mehr, als vor Kurzem die Kollaudierung des AKW´s erfolgte.

Daneben wurde aus energiepolitischen Überlegungen in Niederösterreich schon sehr früh der Einsatz von erneuerbaren Energieträgern forciert. Dabei geht es darum,

einerseits einen konsequenten Weg in Richtung möglichst umfangreicher Energieautarkie zu beschreiten und andererseits dadurch auch auf nationaler und regionaler Ebene eine erhöhte Wertschöpfung anzustreben. Niederösterreich wird konsequent in eine Energiezukunft auf Basis erneuerbarer Energien gehen. Dazu sind auch entsprechende Voraussetzungen auf Bundesebene einzufordern.

Die Gefertigten stellen daher den

Antrag:

„Die Landesregierung wird aufgefordert, sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass die im Melker Prozess vereinbarte Vorgangsweise zur Einhaltung der umfangreichen Sicherheitsvorschriften uneingeschränkt eingefordert wird. Die Ergebnisse des Melker Prozesses sind konsequent einzuhalten und umzusetzen.

Die Landesregierung wird weiters aufgefordert, die Bundesregierung aufzufordern, von der tschechischen Republik einerseits die Umsetzung sämtlicher Sicherheitsmaßnahmen konsequent einzufordern und andererseits zur erfolgten Kollaudierung des AKW Temelin Stellung zu beziehen. Im Besonderen sollte hinterfragt werden, welche Maßnahmen und in welchem Umfang alle Punkte betreffend die Sicherheit des Kernkraftwerks gemäß den Vorgaben des Melker Prozesses erfüllt sind.

Die Landesregierung wird aufgefordert, sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass einerseits verstärkt Kooperationsprojekte für Energieeffizienz und die Nutzung erneuerbarer Energie mit unseren Nachbarn, wie etwa die tschechische Republik, umgesetzt werden und andererseits im Inland Rahmenbedingungen geschaffen werden, die den offensiven Weg beim Einsatz von erneuerbaren Energieträgern unterstützen.“